Augsburger Diözesanrat: Für Religionsfreiheit einsetzen

2. November 2017

Augsburg (KNA) Zum Einsatz für Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht ruft der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Augsburg auf.

In einer am Wochenende von der Vollversammlung des Gremiums verabschiedeten Erklärung werden die Bundesregierung und die Parteien aufgefordert, dazu geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) solle eine Vorreiterrolle im Einsatz gegen Christenverfolgung übernehmen. Das Thema müsse zu einem primären Anliegen der europäischen Politik werden. In Deutschland werde die Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung durch das Grundgesetz geschützt, heißt es in der Erklärung.

In vielen Teilen der Welt sei dieses Menschenrecht aber nicht selbstverständlich. Im Nahen Osten bedrohe ein gewalttätiger Islamismus die Existenz des Christentums. Andernorts, etwa in Myanmar, seien auch Muslime von Verfolgung bedroht. Kirchen und Religionsgemeinschaften müssten weiterhin allen „das Recht auf Freiheit von äußerem Zwang in religiösen Dingen“ zugestehen und sich mit anderen Religionen „aufrichtig um gegenseitiges Verstehen bemühen“, so der Diözesanrat unter Bezug auf zentrale Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965).

Der Chef der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder, wandte sich vor der Versammlung gegen eine populistische Relativierung der Religionsfreiheit. Dazu zählten Sprüche wie „Wenn die in ihren Heimatländern Christen keine Religionsfreiheit geben, dann brauchen sie bei uns ihre Religion auch nicht zu praktizieren“ oder „Wenn die bei uns Religionsfreiheit bekommen, dann sollen sie dafür sorgen, dass sie in ihren Heimatländern auch gewährleistet wird“. Fortschritte ließen sich nur erzielen, wenn in Deutschland weiterhin Religionsfreiheit selbstverständlich sei und im Ausland Probleme damit konkret angesprochen würden.

(KNA – rlkmt-89-00016)

Stand: 13. November 2026